

Kurzum | von Stefan Stache¹

Hinter dem allgegenwärtigen Diskurs der Zeitenwende stehen zwei Gefahren: Die erste besteht in einer politischen Dynamik, die zunehmend durch einseitige militärische Logiken und Aufrüstung geprägt ist. Zweitens kann die Verankerung des Sondervermögens für die Bundeswehr in der Verfassung das politische Feld dauerhaft für eine progressive Politik schließen.

Rolf Mützenich hat jüngst die Grenzen der Abschreckungslogik und die Bedeutung weiterer Diplomatie betont. Er kritisierte die Debatte um Waffenlieferungen an die Ukraine als „militaristisch“², steht aber auch in Loyalitätsverhältnissen mit dem SPD-Kanzler und der Verteidigungsministerin, die ihrerseits unter massivem internationalen politischen Druck stehen. Es ist offen, in wie weit sie weiteren Lieferungen schwerer Waffensysteme nachgeben werden. Einerseits sollte nicht gering geschätzt werden, dass sie vor einer (nuklearen) Eskalation des Ukraine-Krieges warnen. Andererseits kann ihr schnelles hierarchisches Krisenmanagement in fataler Weise das Feld verengen.

Das 100 Milliarden Euro Paket war vor der Regierungserklärung nicht in der SPD-Fraktion diskutiert worden. Es wäre ein wichtiges Signal demokratischer Partizipation gerade in der gegenwärtigen Krise gewesen, wenn der Prozess offen angelegt worden wäre. Eine offene Beratung hätte prinzipiell nicht einmal dem Krisenmanagement und einem schnellen außenpolitischen Signal im Wege gestanden, welches Scholz aussenden wollte. Im Unterschied zu einigen linken Abgeordneten, welche die Verfassungsänderung grundlegend kritisierten und ablehnten, vertritt die Parlamentarische Linke (PL), dass die Verfassungsänderung nicht die sozialdemokratische Friedenspolitik verdrängt und zu einem Aufrüstungspfad führt. Die Mittel für die Bundeswehr dürften nicht zu Lasten von Investitionen in Entwicklungszusammenarbeit, Infrastruktur und der sozialen Abfederung der Krisen gehen.³

Nach den Erfahrungen mit der Schuldenbremse ist jedoch eben jenes Szenario in der Koalition mit der FDP wahrscheinlich – selbst wenn die Schuldenobergrenze auch im kommenden Jahr nicht eingehalten wird, wie es die PL einfordert. Zum zweiten Mal drohen demokratische Prozesse auf lange Sicht konservativ vorstrukturiert zu werden. Sollte es in der Fraktion doch noch zu einer breiteren, fundamentalen Debatte kommen, widerspräche dies auch einer Alltagspraxis von Netzwerk- und Regierungslogik, wie sie seit der rot-grünen Regierung zunehmend in die Alltagspraxis einsickerte und tonangebend wurde.

Während ein Teil der Friedensforschung speziell vor den Gefahren nuklearer Abschreckungslogiken warnt, halten andere eine Entwicklung der militärischen Fähigkeiten der Bundeswehr mittlerweile für notwendig. Allerdings hebt auch die letztere Gruppe hervor, bereits jetzt immer wieder friedenspolitische Spielräume auszuloten und künftige schon jetzt zu denken.⁴ Tatsächlich hat der Angriffskrieg gegen die Ukraine die europäische Friedens- und Sicherheitsstruktur um Jahrzehnte zurückgeworfen bzw. nahezu ausgehebelt.

Derzeit sind die Möglichkeiten einer gewaltfreien Politik gering – es gilt sie dennoch zu nutzen. Teile der in der Friedensbewegung Engagierten sehen sich in der Frage von Waffenlieferungen vor einem schwierigen Abwägungsprozess zwischen dem Recht auf Selbstverteidigung und der Gefahr einer Verlängerung der Gewalt und weiterer Konflikteskalation gestellt. Eine gewaltfreie Politik zu befürworten, schließt jedoch anders als der Pazifismus nicht aus, eine selbstbestimmte demokratische Entscheidung für gewaltsame Selbstverteidigung zu unterstützen.⁵

Kurzum: Auch unter dem massiven Legitimationsdruck auf friedenspolitischen Traditionslinien und Analysen ist es nun von elementarer Bedeutung, das politische Feld für diese offen zu halten. ■

1 Stefan Stache ist Mitglied der spw-Redaktion.

2 Rolf Mützenich im Interview: ARD Morgenmagazin vom 26.4.2022, Waffen-Streit: Mützenich sieht „militaristische Schlagseite“, online unter: <https://www.daserste.de/information/politik-weltgeschehen/morgenmagazin/service/Rolf-Muetzenich-116.html> (letzter Abruf: 1.5.2022).

3 Positionspapier der Parlamentarischen Linken: Wofür wir streiten wollen,

online unter: <https://www.parlamentarische-linke.de/positionspapier-wofu%cc%88r-wir-streiten-wollen/> (letzter Abruf: 1.5.2022).

4 PRIF Blog (Peace Research Institute Frankfurt / Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung): Die Ukraine-Krise und ihre Folgen, online unter: <https://blog.prif.org/reihen/die-eskalation-die-ukraine-krise-und-ihre-folgen/> (letzter Abruf: 1.5.2022).

5 Vgl. den Beitrag von Egbert Jahn im vorliegenden Heft.